



Nr. 22/2015, 20. März 2015

❖ Bericht aus dem Landtag ❖ Innere Sicherheit Thema im Parlament - In der aktuellen Stunde des Landtages wurde auf Antrag der CDU-Fraktion, das Thema Innere Sicherheit debattiert

Für die CDU-Fraktion stellte Polizeisprecher Matthias Lammert dar, dass gerade die abscheulichen Straftaten in Zusammenhang mit den Demonstrationen in Frankfurt deutlich aufzeigen, welchen Gefahren und Belastungen die Polizei ausgesetzt ist. Er wolle sich nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn bei diesem Einsatz personell „auf Kante genäht“ worden wäre. Lammert forderte die Regierungsfraktionen auf, mehr Polizistinnen, Polizisten und Beschäftigte einzustellen. Leerstellen wären genug vorhanden.



Matthias Lammert



Roger Lewentz

Innenminister Roger Lewentz stellte dar, dass seit der Regierungsübernahme der SPD 1991 die Anzahl der ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten von damals 8600 Köpfe auf aktuell 9335 Köpfe angestiegen sei. Auf die Terrorgefahr hätte Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland direkt mit einem Sicherheitspaket reagiert. Die Anhebung der Einstellungen auf 475 im Jahr 2015 und 500 im Jahr 2016 und das zur Verfügung stellen von 1.6 Mio € für die Verbesserung der Ausrüstung der Spezialkräfte zeige deutlich, dass bei Regierung und Regierungsfraktionen Innere Sicherheit einen hohen Stellenwert habe. Er bedankte sich bei der Polizei für ihre hervorragende Arbeit.

Lammert konterte, dass die Gefährdungs- und Sicherheitslage 1991 eine andere gewesen sei als heute und die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten stark angestiegen sei. Dies würde belegt durch die Beantwortung einer CDU Anfrage, nach welcher Ende des Jahres lediglich 8860 Vollzeitäquivalente zur Verfügung stehen würden. Dies zeige das Personaldefizit deutlich auf.

Der Polizeisprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Schwarz lobte die Einsatzbereitschaft der Polizei. Er hob hervor, dass die SPD auf die Sicherheitslage umgehend reagiert habe. Die Anhebung der Einstellungszahlen und die Mittelbewilligung für Ausrüstung sprächen eine deutliche Sprache. Er bot der CDU an, sich an der Diskussion zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der



Wolfgang Schwarz

Polizei zu beteiligen und nannte als Beispiel die Einführung eines Instituts für Polizeigesundheit.



Katharina Raue

Katharina Raue, Polzeisprecherin der Grünen, wies darauf hin, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land sei. Rückläufige Zahlen bei Straftaten, dauerhaft hohe Aufklärungszahlen belegten dies. Auch die Grünen unterstützen Verbesserungen bei der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei. Raue warf der CDU das Schüren von Ängsten vor, indem man Pressemeldungen zu angeblich gemachten Äußerungen missbrauche, um sie und die Grünen zu diskreditieren.

MdL Lammert: „Wir schüren keine Ängste, wir haben schon seit Jahren die Forderungen nach mehr Personal erhoben. Leider wurde dies von SPD und Grünen nicht mitgetragen.“

Einig waren sich alle, dass Gewalt gegen Polizei nicht hinzunehmen sei. Sie lobten die Einsatzbereitschaft der Polizei und wünschten den Verletzten Polizistinnen und Polizisten baldige Genesung.

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach: "Es ist richtig, wenn alle Fraktionen feststellen, dass mehr für die Polizei und die innere Sicherheit getan werden muss. Neben Gesundheitsförderung, Personal und Ausstattung muss sich aber auch im finanziellen etwas tun. Beförderungsbäuche gilt es abzubauen. Führungsfunktionen müssen sich lohnen, nach der Übernahme einer Funktion muss eine Beförderung zeitnah folgen.



Ernst Scharbach

Die GdP führt Gespräche mit allen demokratischen Parteien mit dem Ziel, das Thema Innere Sicherheit und Polizei aus dem „parteilichem Geplänkel“ herauszuhalten und einen breiten Konsens zu erreichen. Nicht der „kleinste gemeinsame Nenner“ ist gefragt, sondern die Anerkennung, dass innere Sicherheit die Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge ist und dies nur mit gut ausgebildeten, mit allen erforderlichen Sachmitteln ausgestatteten und wertgeschätzten Polizistinnen und Polizisten erfüllt werden kann.

Es ist gut, dass sich alle im Landtag vertretenen Parteien hinter unsere Polizei stellen. Wertschätzung ist aber nicht nur immateriell durch Zuspruch auszudrücken, sondern auch materiell in Euro und Cent. Eine Zulage DUZ in der Nacht von 1,65 € je Stunde ist keine Wertschätzung unserer Kolleginnen und Kollegen! Ich fordere alle Mitglieder des Landtags auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen.